

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Vertriebsort: Neudorf Dresden.  
Fernsprecher-Gesamtnummer 28 241  
Nur für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr

bei täglicher Zustellung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 210,—  
Einzelnummer M. 10,—, Sonntagsausgabe M. 12,—  
Die tägliche 3 mm breite Zeile M. 25,—, außerhalb Gedrucks M. 31,—, Familien-  
anzeigen und Stellengesuche unter Weglass jedes weiteren Absatzes M. 15,—,  
Vorgeschichte laut Text. Auswärtsige Zusätze gegen Vorauszahlung.

Anzeigen-Preise.

Druck- und Verlagsanstalt  
Moritzstraße 18/19.  
Druck u. Verlag von **epich & Reichardt in Dresden.**  
Vertriebs-Stelle 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Exemplare werden nicht erbeten.

**Belvedere** Hotel u. Kaffee **Blesch**  
Brühische Terrasse  
Kleinkunstbühne  
4 Uhr Täglich 8 Uhr  
Wine-Orchester-Konzerte

Hotel u. Kaffee **Blesch**  
4-7 Uhr und 8-12 Uhr  
Konzerte  
Weinrestaurant — Bar  
Frühstückstube

**BANKHAUS**  
**HERMANN SCHULZ,**  
Fernsprecher: Kommanditgesellschaft Fernsprecher:  
14028, 14034, 14035 12 Schreibergasse 12 Fernverkehr 20904

Sämtl. bankmäßigen Geschäfte. Finanzielle Beratung

**Max Glöss Nachf.**  
Moritzstraße 18.  
Beleuchtungskörper, Elektrische Platten,  
Kochtöpfe, Schütte-Lanz-Kochplatten.

## Rücktritt Lloyd Georges.

### Demission des Kabinetts.

London, 19. Okt. Die Regierung hat beschlossen, sofort zurückzutreten. Der König hat das Rücktrittsgesuch Lloyd Georges angenommen. (W. I. B.)

Der Entschluß Lloyd Georges, sein Amt niederzulegen, ist die Lösung einer unheilbar gewordenen Lage. Die Widerstände, die sich gegen die Fortführung des jetzigen Koalitionsregimes aufbauten, verhärteten sich von Tag zu Tag in solchem Maße, daß selbst ein so großer Meister in der Beherrschung der politischen Taktik, wie es Lloyd George ist, ihrer nicht mehr Herr werden konnte. Der Premier sah sich nicht nur einer einflussreichen konservativen Opposition gegenüber, sondern wurde auch von den unabhängigen Liberalen und von der Arbeiterpartei scharf bedrückt und vermochte diesem Ansturm von drei Seiten her um so weniger standzuhalten, je mehr sein Prestige als Staatsmann durch die eskalierende Niederlage der britischen Diplomatie in der orientalischen Frage und durch die zunehmende Macht des französischen Imperialismus in Mitteleuropa geschwächt wurde. Die Entscheidung hatte Lloyd George von der Stellungnahme der konservativen Unionisten abhängig gemacht, die am gestrigen Donnerstag im Carltonhotel in London verhandelt waren. Im Falle diese auf seine Seite träten, so hätte Lloyd George erklärt, möchte er das Parlament auflösen und versuchen, eine neue Partei zu bilden, um mit deren Hilfe noch einmal in der Wählerchaft festen Fuß zu fassen und dann auf neue die Geschicke des Landes zu lenken. Sollten dagegen die Unionisten sich gegen ihn entscheiden, so würde er sofort vom Schauplatz abtreten. Nachdem sich nunmehr die Koalitionskonservativen in ihrer zweiten Sitzung für den Austritt aus der Regierung, also gegen Lloyd George, erklärt haben, ist der Premier seiner Ankündigung entsprechend am gestrigen Donnerstag zurückgetreten. Da die jetzige Koalition in der öffentlichen Meinung abgewirtschaftet hat und man ihrer allgemein überdrüssig geworden ist, so erscheint eine Lösung der Regierungskrise ohne Neuwahlen nicht erreichbar und das englische Volk sieht sich vor einen Wahlkampf gestellt, der von allen Seiten mit größter Anspannung aller Kräfte geführt werden wird. Die selbstbewußten Konservativen und ebenso die unabhängigen Liberalen werden alles daransetzen, um das alte britische Ideal einer reinen Parteilregierung wieder zu verwirklichen. Da aber in der letzten Zeit die Macht der Arbeiterpartei sehr zugenommen hat — man rechnet für sie im neuen Parlament auf 250 Mandate —, so erscheint kaum eine andere Möglichkeit denkbar, als eine obermalige Koalitionsregierung, in der dann vielleicht das konservative oder liberale Element eine stärker auftragene Führung übernehmen wird, als sie bei den bisherigen verstorbenen und parteipolitisch nicht scharf abgegrenzten Koalitionsverhältnissen in Erscheinung treten konnte.

### Kabinettsbildung durch Bonar Law.

London, 19. Okt., 7 Uhr 55 Min. nachm. (Neuter.) Dem Vernehmen nach hat Bonar Law den Auftrag, ein Kabinett zu bilden, angenommen. (W. I. B.)

### Die Vorgänge vor der Rücktrittserklärung.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.) Paris, 19. Okt. Zum Rücktritt des englischen Kabinetts wird aus London gemeldet, daß der Entschluß zur Demission dadurch herbeigeführt wurde, daß die konservative Partei im Verlaufe der Sitzung, die heute im Carltonklub abgehalten wurde, mit 186 gegen 87 Stimmen ihren Austritt aus der Koalition beschloß. Sie wird sich bei der kommenden Wahl der Wählerchaft als unabhängige-konservative Partei vorstellen. Diese Entscheidung bedeutet, daß die Konservativen, falls sie in der nächsten Wahl die Mehrheit erhalten, verlangen werden, daß der Premier-

minister ihrer Partei angehört. Die historische Sitzung im Carltonklub war sehr bewegt. Eine große Menschenmenge versammelte sich bereits in den frühen Morgenstunden in der Umgebung des Carltonplatzes, wo gegen 11 Uhr die konservativen Minister und Abgeordnete eintrafen, die an der Sitzung teilnahmen. Die Menge war inzwischen so zahlreich geworden, daß die Polizei einreisen mußte, um den an der Versammlung teilnehmenden Politikern den Eintritt in das Gebäude zu ermöglichen. Bonar Law und Balfour wurden bei ihrer Ankunft von der Menge mit lebhaftem Beifall begrüßt. Als Chamberlain sich näherte, hörte man lautes Weifen, Brüllen und Mißbilligungsrufe. Die wenigen Beifallkundgebungen gingen im Lärm unter. Die Menge ging sogar soweit, Chamberlain das Wort „Verräter“ zu rufen.

Zur heutigen Sitzung der Konservativen im Carltonklub werden folgende Einzelheiten berichtet: Zu Beginn der Sitzung gab Chamberlain eine Erklärung im Sinne seiner Rede in Birmingham vom letzten Freitag ab und sprach anerkennend der Aufrichtigkeit der Koalition, die nach seiner Ansicht der letzte dem Volkswohl entgegenstehende Fall ist. Er gab klar und deutlich zu verstehen, daß, wenn man den Rat der unionistischen Führer zurückweisen würde, die letzteren eine derartige Jurisdiktion nur als einen verhängnisvollen Fehler betrachten könnten. Die Rede Chamberlains wurde nicht aufgenommen. Der Präsident des Abgeordnetenhauses Baldwin sprach sich unbestimmt gegen die Beibehaltung der Koalition und für die Rückkehr der konservativen Partei zur völligen Unabhängigkeit aus. Die Erwähnung Bonar Laws befehlte die letzten Redenden bereit, die noch schwanken. Die Schlussfolgerungen seiner Rede wurden mit langanhaltendem Beifall aufgenommen. Der Parteipreisprediger der Unionisten Leslie Wilson teilte mit, daß er für die Beibehaltung der Koalition mit einem konservativen Premierminister stimmen werde. — Balfour, der sodann das Wort ergriff, wurde mehrmals während seiner Rede unterbrochen und erklärte, die Koalitionserklärung habe nichts getan, was das konservative Prinzip geschädigt hätte. Mehrere Abgeordnete unterbrachen ihn mit dem Rufe: Nun, und Irland, und Indien? (W. I. B.)

### Der Eindruck des konservativen Entschlusses in London.

London, 19. Oktober. Der Rücktritt der Regierung erregt, obwohl er nach dem Ergebnis der unionistischen Zusammenkunft im Carltonklub erwartet wurde, ungeheures Aufsehen. Die Blätter nennen das Ergebnis der konservativen Versammlung den Todesstoß für die Koalitionserklärung und weisen darauf hin, daß in der kurzen Zeit von zwei Stunden eine Zusammenkunft konservativer Parlamentsmitglieder, die von Chamberlain eigentlich dazu berufen worden war, um seine Politik anzunehmen, ihn über Bord geworfen und die Unabhängigkeit der Partei herbeigeführt habe. Man erwartet, daß nach der Bildung der neuen Regierung unter Bonar Law das Parlament aufgelöst wird und Neuwahlen anberaumt werden. Als Lloyd George heute nachmittag vom Buckinghampalast, wo er dem König sein Rücktrittsgesuch unterbreitet hatte, nach Downingstreet zurückkehrte, erwartete ihn dort im Flur eine Abordnung von Bergarbeiter-Delegierten unter Führung von Hodges, die für heute nachmittags zu einer Unterredung mit dem Premierminister eingeladen worden war. Lloyd George begrüßte die Abordnung mit den Worten: Ich bin nicht der Premierminister! Wie verlaniet, kann angenommen werden, daß verschiedene unionistische Minister weiterhin zu Lloyd George stehen werden, der, was durchsichtiger als nachträglich erscheint, nach Übernahme der Regierung durch den neuen Premierminister eine neue Partei bilden wird. Bemerkenswert ist, daß die politischen Reden, die Lloyd George in Leeds und in der Guildhall zu halten beabsichtigt, nicht abgesetzt wurden. (W. I. B.)

## Der Ausweg in der Frage der Reichspräsidentenwahl.

Nach langem Verhandeln hinter den Kulissen, nach mannigfachen Kreuz- und Querzügen auf dem parteipolitischen Schachbrett sind die Parteien der Koalitionsregierung glücklich zu der Erkenntnis gelangt, daß es doch wohl am besten — für wen? — für sie selbst oder für das allgemeine Wohl? — wäre, wenn die Neuwahl des Reichspräsidenten noch um einige Jahre hinausgeschoben würde. Die Koalitionsparteien haben dabei die Unterstützung sowohl der Deutschen Volkspartei wie der Bayerischen Volkspartei gefunden und es steht sonach außer Zweifel, daß der Antrag auf Verlängerung der Amtsdauer Eberts bis zum 30. Juni 1925 im Reichstage die zu einer Verfassungsänderung erforderliche qualifizierte Mehrheit — Zweidrittelmehrheit bei Anwesenheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Mitgliederzahl — finden wird. Die Verfassungsänderung ist deshalb notwendig, weil im Art. 179 bestimmt wird, daß an die Stelle der Nationalversammlung der Reichstag, an die Stelle des Ständesausschusses der Reichsrat tritt, und daß der auf Grund des Gesetzes über die vorläufige Reichsregierung von der Nationalversammlung gewählte Reichspräsident durch den vom Volke direkt nach Art. 41 und 43 auf sieben Jahre aktivierte Reichspräsidenten ersetzt wird. Nach dem Buchstaben der Weimarer Verfassung hätte also ungewissheit die Neuwahl des Reichspräsidenten unmittelbar nach der ersten Reichstagswahl vollzogen werden müssen, und da dies nicht geschehen ist, so stellt sich die dringende Frage, ob die Weimarer Provisorien als ein Zustand dar, der im Widerspruch mit der Verfassung steht, wenn auch ausgebeugt werden muß, daß die andauernd unruhige und unsichere Lage in der inneren und äußeren Politik die Wahl eines geeigneten Zeitpunkt für die Umfindung des Reichspräsidentenamtes mit den von der Verfassung gewohnten Formen erheblich erschwert. Nachgerade hatte sich die Sache aber doch demassen zugelegt, daß die Gefahr vorlag, eine ganz klare und unzweideutige Verfassungsvorschrift durch das bloße Beharren auf einem gewohnheitsmäßigen Schiedsrichter außer Kraft gesetzt zu sehen, und da muß es dem Präsidenten Ebert als Verdienst angerechnet werden, daß er selbst als oberster Hüter der Verfassung mit Nachdruck auf der endlichen Erledigung der Frage bestanden hat.

Zur Befriedigung der verschiedenen Einflüsse, die bei der Behandlung der Angelegenheit gegeneinander spielten und als deren Niederschlag im parteipolitischen Reagenzglas sich die jetzige Kompromißlösung darstellt, kann man an allerlei Andeutungen und Behauptungen nicht vorbeigehen, die im Laufe der Entwicklung dieses allgemeinen Kopfschmerzens über einen Ausweg aus der Klemme ins Kraut geschossen sind. Man munkelte von einem Gegenabstand zwischen Dr. Wirth und Ebert. Der Reichskanzler, dessen Stellung schon durch den Konflikt mit Hermes ziemlich erschüttert sein sollte, sei dem gegenwärtigen Reichspräsidenten nicht besonders gemogen, weil dieser zu große „Selbständigkeit“ zeige. Herr Ebert habe manchmal seine eigenen Ansichten und sei darin „merkwürdlich eigenartig“; insbesondere ginge seine Auffassung über die Zusammenlegung der Regierung und ihrer parlamentarischen Stütze mit der Dr. Wirths nicht konform. Dr. Wirth soll sich heftig gegen die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Koalition sträuben, während Ebert dafür eintrete. Der Reichskanzler glaube nun, den Reichspräsidenten besser in der Hand zu haben und ihn leichter beiseite schieben zu können, wenn er, der Präsident, weiter in dem Zustande der „Vorläufigkeit“ verharre, als wenn er durch den allgemeinen Volkswillen in seinem Amte bestätigt sei und dann keine ganze Machtvolle entfalten könne. Weiter wird behauptet, daß zwischen Ebert und der Deutschen Volkspartei Verhandlungen stattgefunden hätten, die darauf hinausläufen, der Volkspartei die Anteilnahme an der Regierung zu gewährleisten, falls sie sich verpflichte, die Wiederwahl Eberts zu betreiben. Darauf soll von volksparteilicher Seite darauf hingewiesen worden sein, in welcher lächerlichen Lage die Partei käme, wenn sie im gegenwärtigen Augenblick im Falle der Aufstellung eines bürgerlichen Kandidaten durch die Deutschen Volkspartei abgelehnt und für Ebert eintreten müßte. So sei denn schließlich als nächstliegender Ausweg der Antrag zustande gekommen, kraft dessen das Provisorium Eberts um 2 1/2 Jahre weiter verlängert, aber ihm der verfassungswidrige Charakter durch eine Abänderung des Art. 179 genommen werden soll.

Das sind alles Conjecturen, die sich auf ihre tatsächliche Begründung nicht näher prüfen lassen und die bei dem einen mehr, bei dem anderen weniger Glauben finden werden, je nach seiner parteipolitischen Einstellung. Wenn man Notiz davon nimmt, so kann es nur deshalb geschehen, um zu zeigen, wie wenig förderlich es dem allgemeinen Vertrauen ist, daß bisher die Befolgung der Verfassungsvorschrift über die Wahl des Reichspräsidenten noch nicht durchgeführt werden konnte. Politisch ernst zu nehmen ist aber ein weiteres Gerücht, demzufolge man sich innerhalb der Koalitionsparteien mit dem Gedanken trage, es bei der diesmaligen Verfassungsänderung nicht zu belassen, sondern noch eine wesentliche hinzuzufügen durch eine Remodernung

### Vervierfachung der Eisenbahn-Personentariife.

Berlin, 19. Oktober. Die gleichen Gründe, die für die Erhöhung der Personentariife zum 1. Oktober und 1. November bestimmend waren, nötigen zu ihrer weiteren Erhöhung am 1. Dezember, womit sich auch der ständige Anstieg des Reichseisenbahnrates grundsätzlich einverstanden erklärt hat.

Die am 1. November in Kraft tretenden Fahrpreise des allgemeinen Verkehrs werden mit Wirkung vom 1. Dezember um weitere 200 Prozent, also auf das Vierfache der vom 1. Oktober ab geltenden Tariffätze, erhöht.

Die Erhöhung soll in der Weise durchgeführt werden, daß sämtliche Fahrtafeln zum vorletzten Ende des angedruckten Preises verkauft werden. Eine Ueberhemmung der Fahrkarten erlosat nicht. Die Erhöhung um 100 Proz. erstreckt sich auch auf die Schnell- und Ausläuferzüge, die Militärfahrpreise und die verschiedenen Gebührentarife, mit Ausnahme der Sätze für Gepäck und Expressgut. Die Gepäckfracht wird zum 1. Dezember auf 40 Pf., bisher 15 Pf., für je 10 Kilogramm und ein Kilometer erhöht. Die Grundfracht für Personen und Aufzubringung der Gepäckfracht bleiben unverändert. Die

Mindestfracht wird auf 20 Mt., bisher 15 Mt., festgesetzt. Der Expresstarif entspricht jeweils dem um 60 Prozent erhöhten Tarif. Die Gebühr für Aufgaben oder Abholen von Reisesendungsbriefen wird ebenfalls auf das Vierfache erhöht.

### Der neue Postgebührenlarif am 1. Dezember

Der für 1. Dezember in Aussicht genommene neue Posttarif sieht nach einer dem Verkehrsminister vorgelegten Vorlage folgende Sätze vor: Briefe bis 20 Gramm: Ortsverkehr 4 Mt., Fernverkehr 12 Mt., bis 100 Gramm: 8 Mt., bis 250 Gramm: 12 Mt., und 20 Mt.; Postkarten: im Ortsverkehr: 8 Mt., im Fernverkehr: 8 Mt. Drucksachenmindestgebühr 2 Mt. (Gewichtsgrenze hat 20 Gramm 25 Gramm), Postanweisungen 10 bis 40 Mt., Postcheckverfahr 5 bis 20 Mt., Telegramme das Wort 10 Mt., dazu eine Grundgebühr von 20 Mt. für jedes Telegramm. Die Fernspreckgebühren werden verdoppelt.

**Dollar (Amtlich): 3200**  
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 3300